



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 077-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.224

Eingereicht am: 29.05.2025

Fraktionsvorstoss: Ja
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: FDP (Hess, Nidau) (Sprecher/in)
FDP (Hegg, Lyss)
FDP (Reinhard, Thun)
FDP (Plüss-Zürcher, Boll)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 05.06.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

UKW weg – Wie erreicht uns der Staat bei Blackout und Krise?

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen,

1. welche Risiken er für die Erreichbarkeit der Bevölkerung im Kanton Bern durch die Abschaltung des UKW-Radionetzes in Notfallsituationen sieht, insbesondere wenn die Elektrizitätsversorgung ausfällt, die Internetverbindung unterbrochen ist und das Mobilfunknetz ausfällt;
2. welche technisch robusten Alternativen zur Verfügung stehen, um die Bevölkerung auch bei Ausfall von Stromversorgung, Mobilfunknetz und fehlender Internetverbindung zuverlässig mit Notfallinformationen und Handlungsanweisungen erreichen zu können;
3. ob in Zusammenarbeit mit dem Bund und/oder anderen Kantonen Massnahmen zur Erhöhung der Resilienz der Krisenkommunikation vorgesehen oder geplant sind;
4. welche Massnahmen aus Sicht des Regierungsrates auf Ebene Bund, Kanton und Gemeinden erforderlich sind, um eine funktionsfähige Krisenkommunikation auch bei längerfristigen Ausfällen der kommunikationsrelevanten Infrastruktur sicherstellen zu können.

Begründung:

Das UKW-Radio war bislang ein zentraler Pfeiler der Krisenkommunikation, weil es auch bei Stromausfall, Ausfall des Mobilfunknetzes und fehlender Internetverbindung empfangen werden kann, etwa über batteriebetriebene Geräte oder Autoradios.

Die Folgen der starken Niederschläge vom 17. bis 19. April 2025 im Berner Oberland und in Teilen des Kantons Wallis haben aufgezeigt, dass es Situationen gibt, in denen bestehende Systeme zur Bevölkerungsinformation versagen. Die laufende Abschaltung des UKW-Netzes bedeutet den Verlust eines bewährten und krisensicheren Informationskanals.

Vor diesem Hintergrund stellen sich sicherheitsrelevante Fragen: Wie wird der Kanton Bern seine Bevölkerung künftig zuverlässig informieren, wenn digitale Kanäle ausfallen? Welche Mittel bleiben, wenn gleichzeitig Strom, Mobilfunknetz und Internetverbindung nicht verfügbar sind?

Der Regierungsrat wird gebeten darzulegen, welche Auswirkungen die Abschaltung des UKW-Netzes auf die Krisenkommunikation hat und mit welchen Massnahmen aus Sicht des Regierungsrates die Informationssicherheit der Bevölkerung auch unter Extrembedingungen gewährleistet werden kann bzw. was dafür unternommen werden muss.

Begründung der Dringlichkeit: Die fortschreitende Abschaltung der UKW-Antennen ist in vollem Gange. Gleichzeitig häufen sich Extremwetterereignisse und Szenarien, die zu Stromausfällen führen können (Blackout, Cyberangriffe usw.). Um die Krisenkommunikation im Kanton Bern sicherzustellen, ist eine rasche Klärung der Risiken und Massnahmen auf allen Ebenen notwendig.

Verteiler

– Grosser Rat